

Hamburgisches Welt-Wirtschafts-Archiv (HWWA) (Ed.)

Article — Digitized Version

Kurz kommentiert: Realignment - EWG-USA - Entwicklungsländer - DDR - Bundesbahn und Bundespost

Wirtschaftsdienst

Suggested Citation: Hamburgisches Welt-Wirtschafts-Archiv (HWWA) (Ed.) (1972) : Kurz kommentiert: Realignment - EWG-USA - Entwicklungsländer - DDR - Bundesbahn und Bundespost, Wirtschaftsdienst, ISSN 0043-6275, Verlag Weltarchiv, Hamburg, Vol. 52, Iss. 1, pp. 50-51

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/134356>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.

KURZ KOMMENTIERT

Realignment

Zu teuer für die BRD?

Der internationale Handels- und Zahlungsverkehr hat die Periode des mehr oder minder freien Floatings der Wechselkurse trotz der Störungen infolge der Spekulationen auf neue Paritäten weit besser überstanden als von besorgten Auguren prophezeit. Dennoch erscheint Politikern und Unternehmern erst seit dem Realignment von Washington die Welt wieder heil. Dabei fehlen allerdings nicht die Hinweise, die Bundesrepublik habe für diese Wohltat im Vergleich zu anderen Industrieländern allzu teuer bezahlt.

Diese Argumentation geht davon aus, daß die Unternehmen als Folge einer Aufwertung entweder ihre Exportpreise erhöhen müssen oder Ertragseinbußen erleiden, d. h. die Ausfuhrerweiterung entweder vom Absatz oder vom Anreiz her gebremst wird. Allein deshalb kann jedoch in einer Aufwertung noch kein Unglück gesehen werden. Bleiben einmal die internationalen Kapitalströme außer Betracht, so ist Export schließlich nur insoweit sinnvoll, wie ihm Importe gegenüberstehen. Die deutsche Leistungsbilanz aber hat sich auch nach der DM-Aufwertung von 1969 erheblich günstiger entwickelt, als der Überbeschäftigung in der Bundesrepublik angemessen gewesen wäre.

Unter diesen Umständen spricht alles dafür, daß erst mit dem Floaten der D-Mark und der sich ergebenden De-facto-Aufwertung die Voraussetzungen geschaffen wurden, um einer binnenwirtschaftlichen Stabilisierung näherzukommen und darüber hinaus in der erreichten Stagnationsphase der Entstehung überhöhter Ausfuhrüberschüsse als Keim neuer Gleichgewichtsstörungen entgegenzuwirken. Sicherlich ging dies nicht ohne eine temporäre Dämpfung von Wachstum und Beschäftigung. Wer aber deshalb das Ergebnis von Washington mißbilligt und doch gleichzeitig den Preisauftrieb beklagt, hat entweder die Zusammenhänge nicht begriffen oder spekuliert darauf, daß andere sie nicht erkennen. gg.

EWG-USA

Keine Einigung in Aussicht

Nachdem im Zusammenhang mit dem Währungsrealignment die zehnpromtente Importabgabe aufgehoben ist, erwarten die USA von der EWG ein Entgegenkommen in Fragen des Agrarmarktes und der Politik der Präferenzabkommen.

So klagen die USA vor allem darüber, daß der Absatz amerikanischer Agrarerzeugnisse in der

Gemeinschaft und — durch EWG-Ausfuhrbeihilfen — auf Drittmarkten erschwert sei. Hinsichtlich der Präferenzpolitik haben die USA wiederholt Besorgnis darüber geäußert, daß sich um die Gemeinschaft ein exklusiver Präferenzblock gebildet hat. Hinzu kommt, daß durch den Beitritt Großbritanniens die meisten Commonwealth-Staaten sowie die Rest-EFTA in Präferenzregelungen mit einbezogen werden.

In Brüssel wird man sich jedoch kaum bereit erklären, an den Agrarmarktorrdnungen Veränderungen vorzunehmen. Man verweist vielmehr auf die vergleichsweise höheren Agrarsubventionen in den Staaten. Die EWG will über die von US-Unterhändler Eberle geforderte Revision der Agrarpolitik nur unter Beteiligung der wichtigsten Handelsnationen und mit dem Ziel eines Weltnahrungsmittelabkommens verhandeln. Ein ähnlicher Vorschlag war aber bereits 1967 von Washington abgelehnt worden. Bestenfalls in einigen Teilfragen ist die EWG konzessionsbereit. Hinsichtlich der kritisierten Präferenzabkommen wird man sich im EWG-Hauptquartier noch weniger zu Zugeständnissen bereit erklären. Hier vermag die Gemeinschaft erst recht keine wirtschaftliche Schädigung der USA zu erkennen, da doch in erster Linie den Entwicklungsländern ökonomische Vorteile erwachsen.

Die EWG sieht also kaum Möglichkeiten, den USA bei ihren handelspolitischen Wünschen entgegenzukommen. Spektakuläre Vereinbarungen sind daher in Handelsfragen vorläufig nicht zu erwarten. Lösungen können mittelfristig von einer neuen GATT-Runde erwartet werden, die jedoch seitens der USA skeptisch beurteilt wird, da die Mehrheitsverhältnisse im GATT eindeutig zugunsten des EWG-Blocks gelagert sind. hh.

Entwicklungsländer

Kein Gehör im Zehner-Club

Mit der Abwertung des US-\$ um 7,89% wurde ein vorläufiger Schlußstrich unter die Währungskrise des Jahres 1971 gesetzt. Das freie Spiel der Wechselkurse im Jahr 1971 kostete die Entwicklungsländer rund 950 Mill. US-\$, das sind rund 6% der Kapitalhilfe der Industrieländer an die Dritte Welt. Aber auch von dem Realignment kurz vor Jahresende profitieren die Entwicklungsländer nur wenig. Denn während mit der Erhöhung des Goldpreises um 8,6% der Wert der Goldreserven aller nicht-kommunistischen Länder um 3 Mrd. US-\$ anstieg, vermehrten sich die Reserven der Entwicklungsländer nur um 275 Mill. \$.

Auch mit dem Hinweis, daß die Schulden der Entwicklungsländer durch die Abwertung des US-\$ gesunken sind, können sich die Industrieländer nicht herausreden. Denn die auf DM oder Yen abgeschlossenen Verträge sind durch die Aufwertung um 12 bzw. 15 % teurer geworden. Zwar können die Entwicklungsländer in Zukunft leichter als bisher in diese Länder exportieren, man darf aber darauf keine allzu großen Hoffnungen setzen. Denn Japans Protektionismus ist vielfach kritisiert worden, ohne daß eine Liberalisierung erfolgte, und die BRD ist im internationalen Handel durch die EWG gebunden, die mit agrarprotektionistischen Maßnahmen den Exportbemühungen der Entwicklungsländer nicht gerade großzügig entgegenkommt.

Weitere Währungskorrekturen von Seiten der Entwicklungsländer versprechen dagegen nur geringe Abhilfe. Was die Entwicklungsländer nun brauchen, sind langfristig mehr Ziehungsrechte, und die erhalten sie nicht ohne mehr Einfluß im internationalen Währungsfonds. Im Zehnerclub — das zeigen die Beschlüsse von Washington — finden die Entwicklungsländer kein Gehör. mk.

DDR

Neuer Plan — neue Akzente

Mit nahezu einjähriger Verspätung beschloß die Volkskammer der DDR kurz vor Weihnachten letzten Jahres die „Gesetze über den Fünfjahrplan für die Entwicklung der Volkswirtschaft 1971-1975“. Trotz der zumeist spärlichen Angaben lassen die veröffentlichten Zielgrößen dieses Fünfjahrplanes einen gewissen Realitätssinn der Planer deutlich erkennen: So wird die Wachstumsabschwächung der Jahre 1969 und 1970 insofern berücksichtigt, als für dieses Jahrfünft im Vergleich zur vorangegangenen Fünfjahrperiode ein geringfügig abgeschwächtes gesamtwirtschaftliches Wachstum hingenommen wird. Das produzierte Nationaleinkommen soll nur um 27 % steigen (Gesamtzuwachs 1966-1970 29 %). Die DDR-Wirtschaft scheint somit für die laufende Fünfjahrperiode im Interesse eines zukünftigen gleichmäßigen Wachstums auf Konsolidierung programmiert, um vor allem die schwerwiegenden Disproportionen zu überwinden, die in den letzten Jahren aufgetreten sind.

Konsequenzen aus diesem gesamtwirtschaftlichen Expansionsrückgang ergeben sich vor allem im Bereich der Güterverwendung. Während in der abgelaufenen Fünfjahrplanperiode eine explosionsartige Steigerung der Bruttoanlageinvestitionen um 59 % zu verzeichnen war, soll jetzt ein weit aus bescheidenerer Investitionszuwachs in Höhe von etwa 14 bis 18 % angesteuert werden. Erst-

malig wird sich der bisher zu beobachtende Abstand in den Zuwächsen von Investitionen und privatem Verbrauch verringern, da sowohl das Realeinkommen als auch der Warenfonds für die Bevölkerung um 22 % steigen soll. Damit fällt zwar weiterhin der Anteil des privaten Verbrauchs am Nationaleinkommen, steht jedoch nicht mehr hinter dem der Investitionen zurück. Es scheint, daß damit der auf dem VIII. Parteitag der SED beschlossenen Hauptaufgabe des Fünfjahrplanes, das „materielle und kulturelle Lebensniveau des Volkes“ weiter zu erhöhen, Rechnung getragen wird. pl.

Bundesbahn und Bundespost

Mit Defiziten leben?

Trotz der Bemühungen der Bundesregierung um Preisstabilität stehen für 1972 schon wieder Tarifierhöhungen bei Bundesbahn und Bundespost ins Haus. Sie werden begründet mit den im abgelaufenen Jahr stark angestiegenen Defiziten der beiden größten Bundesunternehmen, die nach vorläufigen Berechnungen ca. 2,3 Mrd. DM für die Bahn und 1,7 Mrd. DM für die Post, zusammen also rd. 4 Mrd. DM betragen werden. In den nächsten Jahren werden noch größere Fehlbeiträge erwartet.

Die Gründe für die mißliche Finanzlage sind bei Bahn und Post ähnlich gelagert. Hauptkostenfaktor sind die Personalkosten, die bei der Bundespost 56 %, bei der Bundesbahn sogar 71 % der Gesamtkosten ausmachen. Rationalisierungsmaßnahmen im Personalwesen sind jedoch nur begrenzt möglich, solange die Beschäftigten den Status von Beamten oder von praktisch unkündbaren „Angestellten des öffentlichen Dienstes“ besitzen.

Zum anderen sind die Unternehmen gezwungen, aus politischen Gründen Leistungen anzubieten, die in hohem Maße zum Defizit beitragen und bei weitem nicht durch in anderen Bereichen erzielte Überschüsse ausgeglichen werden können. Hier sind insbesondere der öffentliche Personennahverkehr mit seinen Sozialtarifen und der Stückgutverkehr bei der Bahn sowie der Paket-, Zeitungs- und Gelddienst bei der Post zu nennen.

Die geplanten Tarifierhöhungen können hier zwar kurzfristig Abhilfe schaffen, sie beseitigen jedoch nicht die Ursachen. Zu empfehlen wäre, beide Unternehmen mit modernen Managements auszustatten, die nach dem Prinzip der Kostendeckung zu wirtschaften hätten. Für alle Aufgaben, die sie aus politischen Gründen übernehmen müssen und die nicht mit diesem Prinzip in Einklang zu bringen sind, müßten gezielte Ausgleichszahlungen aus dem Bundeshaushalt erfolgen. wei.